A-02 (EHM D-01)

Sondierungsgespräche für eine schwarz-grüne Minderheitsregierung aufnehmen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium:	Kreisverband Görlitz
Beschlussdatum:	20.11.2017
Tagesordnungspunkt:	A Aussprache Bundestagswahl

1 Der Bundesvorstand und die Spitzenkandidaten zur Bundestagwahl werden aufgefordert, mit der
2 CDU und der CSU Sondierungsgespräche zur Bildung einer schwarz-grünen Minderheitsregierung
3 aufzunehmen auf der Grundlage der Ergebnisse der bisherigen "Jamaika"-Sondierungsgespräche.

Begründung

Nach dem Platzenlassen der "Jamaika"-Sondierung durch die FDP und der Weigerung der SPD, die Große Koalition fortzusetzen, besteht praktisch nur die Alternative zwischen der Bildung einer Minderheitsregierung und Neuwahlen, bei denen nach heutigem Kenntnisstand aber keine andere Konstellationen herauskommen werden als zur Zeit.

Minderheitsregierungen hat es auf Bundesebene in Deutschland noch nicht gegeben, sind aber in anderen Ländern (z.B. in Skandinavien und den Niederlanden) durchaus üblich. Die Kanzlerin würde dann im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit bei Enthaltung zumindest einer anderen Bundestagsfraktion gewählt werden. Für konkrete Gesetzesvorhaben muss dann jeweils um Unterstützung anderer Fraktionen geworben werden.

Sowohl bei einer schwarz-gelben als auch einer schwarz-grünen Minderheitsregierung könnte jede der anderen Fraktionen zur Mehrheitsbeschafferin werden.

Eine Zusammenarbeit mit der CSU und dem rechten Flügel der CDU ist schwer vorstellbar, wie dies gerade auch die Verhandlungen über die Flüchtlingspolitik gezeigt haben. Diese Situation wäre aber bei "Jamaika" auch nicht besser. Andererseits bietet eine Regierung ohne FDP auf jeden Fall größeren finanziellen Spielraum für soziale, Infrastruktur- und Klimaschutzmaßnahmen, da der Soli dann wohl bestehen bleiben und auch eine solidarischere Europapolitik möglich würde.

Die parallel zu den Sondierungsgesprächen stattgefundenen Klimaverhandlungen in Bonn haben nochmal die drängende Notwendigkeit deutlich gemacht, gerade den Klimaschutz stark zu beschleunigen. Was dazu auf "Jamaika"-Ebene diskutiert wurde, ist als deutscher Anteil bei weitem nicht ausreichend genug. Aber die ebenfalls gleichzeitigen Verhandlungen auf EU-Ebene über CO2-Reduzierungen im Verkehrsbereich, die auf Druck der deutschen Regierungsvertreter stark verwässert wurden, zeigen, dass ohne eine grüne Regierungsbeteiligung eine Einhaltung der Pariser Klimaziele völlig irreal wird.

Trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten sollte daher die Möglichkeit einer schwarz-grünen Minderheitsregierung mit CDU und CSU sondiert werden. Die Ergebnisse sind dann einer grünen

BDK bzw. den Mitgliedern zur Entscheidung vorzulegen, wie dies auch mit "Jamaika"-Ergebnissen vorgesehen war.

Begründung der Dringlichkeit:

Auf Grund des Platzens der "Jamaika"-Sondierung am Sonntag sowie aufgrund der Ergebnisse und Erfahrungen aus den Sondierungsgesprächen ist eine neue Situation entstanden, die vor Ende der Antragsfrist für reguläre Anträge zur BDK nicht absehbar war und eine neue Entscheidungsbildung in der BDK notwendig macht.